

EKD-Prognose

Evangelische Kirche vor radikalen Einschnitten



EKD-Vorsitzender Bischof Huber: Reformoffensive nötig

06. Juli 2006 Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) muß in den kommenden Jahren in großem Umfang Arbeitsplätze abbauen und ihre Strukturen radikal verändern. Nach aktuellen Prognosen der EKD wird sich die Zahl der Protestanten bis zum Jahr 2030 um ein Drittel von derzeit 26 Millionen auf 17 Millionen verringern. Daraus folge eine Halbierung der Einnahmen aus Kirchensteuern von gegenwärtig vier auf zwei Milliarden Euro.

Zusammen mit den steigenden Versorgungskosten und der Teuerungsrate ergibt das nach Ansicht des Vorsitzenden des Rates der EKD, Bischof Wolfgang Huber, ein „hochexplosives Gemisch“, das schon in wenigen Jahren zur „faktischen Gestaltungsunfähigkeit“ der evangelischen Kirche führen könnte. Jedes „Weiter so“ hätte nach Einschätzung des Rates ein „finanzielles Desaster“ zur Folge und sei ebenso wenig möglich wie ein „gleichmäßiges und vermeintlich gerechtes Abschmelzen aller bisherigen Aktivitäten“. Deshalb müsse gehandelt werden, „solange wir noch handeln können“.

„Paradigmen- und Mentalitätswechsel“

In seinem am Mittwoch veröffentlichten Grundsatzpapier „Kirche der Freiheit: Perspektiven für die Evangelische Kirche im 21. Jahrhundert“ fordert der Rat der EKD die Mitarbeiter und Mitglieder der evangelischen Kirche eindringlich zu einem „Paradigmen- und Mentalitätswechsel“ auf. Leitend für die evangelische Kirche solle künftig eine „geistliche Profilierung statt undeutlicher Aktivität“ sein. Sie solle nicht Vollständigkeit anstreben, sondern Schwerpunkte setzen und sich nicht an Strukturen „klammern“ sowie „Außenorientierung“ an die Stelle von „Selbstgenügsamkeit“ setzen.



Bei einer Konzentration auf „zukunftsverheißende Arbeitsgebiete“ sieht Huber eine „reale Chance“ auf ein „Wachsen gegen den Trend“. Dazu könne das „neue religiöse Interesse“ in der Gesellschaft ebenso beitragen wie ein nach wie vor vorhandenes „stabiles protestantisches Milieu“. Allerdings müsse sich die Kirche „in ihrer großen Mehrheit“ auf die vom Rat vorgeschlagenen Veränderungen verständigen, eine für alle verpflichtende „Zielvision“ wolle er aber keinesfalls vorschreiben.

Zum Thema

Evangelische Kirche in Not

Die Mitarbeiter müßten künftig mit „erheblichen Belastungen und Solidaritätserwartungen“ rechnen.

Arbeitsfelder müßten reduziert, mit geringerem Aufwand neu gestaltet oder ganz aufgegeben werden. Das werde auch das Verhältnis zwischen Mitarbeitenden und Kirchenleitungen belasten. Bei den Landeskirchen bemängelt der Rat eine „strukturelle Überbesetzung“. Obwohl die Landeskirchen in den letzten dreißig Jahren mehrere Millionen Mitglieder verloren hätten, sei die Zahl der Mitarbeiter, insbesondere im Pfarrdienst, erheblich erhöht worden.

„Grenze der Finanzierbarkeit“

Was jahrelang bezahlbar schien, überschreite nun „die Grenze der Finanzierbarkeit“, heißt es in dem Papier. So sei es nicht möglich, die gegenwärtigen Ausgaben für die derzeit 20.400 in den 23 Landeskirchen angestellten Theologen in Höhe von 1,5 Milliarden Euro einfach fortzuschreiben. Andernfalls hätte das im Jahr 2030 zur Folge, daß nicht, wie heute, ein Drittel der Gesamteinnahmen aus Kirchensteuern für den Pfarrdienst ausgegeben würde, sondern zwei Drittel. Der Rat schlägt deshalb vor, die Zahl der Pfarrer zu reduzieren und die der ehrenamtlichen Prädikanten, die in einigen Landeskirchen neben der Predigt auch die Sakramente verwalten dürfen, „deutlich“ zu erhöhen. Der Pfarrer werde so zum „leitenden Geistlichen eines Netzwerks von Ehrenamtlichen“.

Eine zentrale Forderung des Perspektivpapiers ist die Einführung einer „betriebswirtschaftlichen Führungskultur“ und eines „verlässlichen Qualitätsmanagements“ für alle Mitarbeiter der Kirche einschließlich der Pfarrer. In den vergangenen Jahren sei eine „systematische Analyse der Schwachstellen kirchlicher Arbeit“ versäumt worden. Auch wenn „Glaube nicht meßbar“ sei, müsse es Kriterien für gute oder mißlungene kirchliche Arbeit geben. Das „heimliche Schweigegebot“ über die geistliche Qualität kirchlicher Angebote müsse aufgebrochen werden. Zielvereinbarungen und Beurteilungen schränken die geistliche Freiheit der Pfarrer nicht ein. Der „Umfang der von kirchlichen Mitarbeitern erbrachten Leistung wie deren Qualität“ lasse sich steigern.

Kritik an föderaler Struktur

In ungewöhnlich scharfer Form kritisiert der Rat die historisch gewachsene Struktur der 23 evangelischen Landeskirchen in Deutschland. Der derzeitige „Föderalismus“ in der evangelischen Kirche führe zu einer „schleichenden Ausdünnung landeskirchlicher Kernkompetenzen“ durch mangelnde Leistungsfähigkeit und zu einer „relativ kleinteiligen und abstimmungsintensiven Reaktionsweise“ auf geistige, gesellschaftliche und politische Herausforderungen. Die verschiedenen autonomen Ordnungen der Landeskirchen seien für die Verwaltung und die Personalpolitik ein großes Hindernis. Auch seien über Jahrzehnte hinweg nahezu alle Bewerber übernommen worden, ohne daß künftige Entwicklungen oder Qualitätsansprüche berücksichtigt worden seien. Der Rat fordert, die Zahl der Landeskirchen von jetzt 23 auf acht bis zwölf zu reduzieren. Diese sollten sich an den Grenzen der großen Bundesländer orientieren und jeweils mindestens eine Million Kirchenmitglieder zählen.

Der Rat der EKD schlägt weiter vor, die EKD als zentrale Dachorganisation gegenüber den einzelnen Landeskirchen zu stärken. Sie könne den Protestantismus in der Öffentlichkeit wirksamer repräsentieren und die inneren Abstimmungsprozesse besser organisieren. Auf EKD-Ebene könnten gemeinsame Qualitätsstandards und gleiche Arbeitsbedingungen formuliert werden. Dazu sollen Dienstleistungszentren geschaffen werden, die sich mit Finanz- und Organisationsfragen befassen. Darüber hinaus schlägt der Rat die Einrichtung von zwölf Kompetenzzentren zu theologischen, gesellschaftlichen und interreligiösen

Fragen vor. Weiter sollen einige Kirchen in Deutschland als thematische Zentren etabliert werden.

„Massiver Einbruch“

Die Zahl der Ortsgemeinden, derzeit 80 Prozent aller Gemeinden, müsse nach Ansicht des Rates langfristig zugunsten von „Profilgemeinden“ (City-, Jugend- oder Kulturkirchen) und „netzwerkorientierten“ Angeboten (Akademiegemeinden, Tourismuskirchen) auf etwa 50 Prozent reduziert werden. Auch sollen geistliche Zentren als „zentrale Begegnungsorte“ sowohl in den Städten als auch auf dem Land entstehen.

Mit alarmierenden Zahlen weist der Rat der EKD auf den „massiven Einbruch hin, der sich seit den neunziger Jahren bei den Amtshandlungen der Kirche vollzogen habe. Die Kirche habe „einen erheblichen Marktverlust im Bereich ihres Kerngeschäfts erlitten“. So seien die Taufen im Zeitraum von 1991 bis 2003 um über 25 Prozent zurückgegangen. Die Zahl der kirchlichen Trauungen habe sich im gleichen Zeitraum beinahe halbiert, bei den Bestattungen betrage der Rückgang 17 Prozent. Nur etwa vier Prozent der Kirchenmitglieder besuchten im Durchschnitt die Gottesdienste. Damit könne sich die evangelische Kirche nach den Worten des Rates nicht abfinden. Ziel sollte sein, daß wenigstens zehn Prozent der Protestanten die Gottesdienste besuchten. Das Perspektivpapier des Rates soll in den Landeskirchen sowie im Januar 2007 in Wittenberg auf einem „Zukunftskongreß“ erörtert werden.

Text: Gri.; Frankfurter Allgemeine Zeitung
Bildmaterial: F.A.Z., picture-alliance/ dpa

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH 2010.
Alle Rechte vorbehalten.
Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte erwerben

F.A.Z. Electronic Media GmbH 2001 - 2010
Dies ist ein Ausdruck aus www.faz.net.